

Entwurf eines Appells zur Vermittlerrolle Österreichs

- Der Überfall Russlands auf die Ukraine war und ist völkerrechtswidrig und hatte in den letzten Monaten tausende Tote, Millionen Vertriebene und unermessliche Sachschaden in der Ukraine zur Folge. Durch die auf einem einseitigen Rechtsstandpunkt beruhenden Sanktionen des Westens wurde eine internationale Krise ausgelöst, deren Auswirkungen noch gar nicht abzusehen sind und unter denen auch der Westen, ja die Weltwirtschaft leidet.
- Es ist zweifelhaft, ob die von den USA und der EU gegen Russland verhängten Sanktionen die gewünschte Wirkung erzielen. Zwar leidet die russische Wirtschaft unter der wachsenden Knappheit technologischer Produkte, umgekehrt aber steigt das Exporteinkommen Russlands durch die in lichte Höhen getriebenen Weltmarktpreise für Öl und Gas deutlich an („Windfall Profits“).
- Neben den gegen den Aggressor gerichteten Sanktionen gilt die wachsende Zahl von an die Ukraine gelieferten schweren Waffen offenbar als wirksamstes Mittel, den Konflikt

zu lösen. Das Ziel eines Siegs der Ukraine ist unrealistisch. Aussagen wie „Solange wie nötig“ von führenden Politikern lassen vermuten, dass der zynische Stellvertreterkrieg so lange fortgesetzt werden soll, bis die Arsenale der ehemaligen Warschau-Pakt-Staaten leer sind und die amerikanische Waffenindustrie genügend Umsatz gemacht hat.

Der Begriff „Frieden“ ist aus dem öffentlichen Diskurs verschwunden. Es herrscht eine zunehmend bellizistische Atmosphäre, die durch die dauernden Forderungen der Ukraine nach immer mehr Waffen und die häufige Darstellung moderner Waffensysteme in den Medien noch angeheizt wird. Das geht so weit, dass die „Presse“ titeln kann, „ob der Krieg doch der Vater aller Dinge sei“.

- Die Mainstream-Medien, vor allem auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk, neigen zur Schwarz-Weiß-Zeichnung, nach welcher es einen einzigen Schuldigen gibt. Wer abweichende Standpunkte vertritt, kommt kaum zu Wort und wird schnell als „Putin-Versteher“ diffamiert – auch wenn mit belegbaren Fakten (z.B. „Stellvertreterkrieg“) argumentiert wird.

- Das neutrale Österreich hat bisher keinen ernstzunehmenden Versuch unternommen, die Konfliktparteien zu einer Waffenruhe zu bewegen, um einen Waffenstillstand und in der Folge Friedensverhandlungen zu ermöglichen. Aufgrund des geringen internationalen Gewichts unseres Landes und seiner vielfältigen, zum Teil bewusst herbeigeführten Abhängigkeiten von westlichen Institutionen wäre eine Friedensinitiative im Alleingang kaum erfolgversprechend.
- Eine realistische Sicht der Dinge legt nahe, dass an einen Sieg der Ukraine und die Wiederherstellung seiner ursprünglichen Grenzen nicht zu denken ist. Wie das Beispiel des finnischen „Winterkriegs“ 1939/40 zeigt, ist ein vernünftiger und ehrenhafter Friede auch unter Gebietsverlust denkbar.
- Aus diesem Grund regen die Unterzeichner an, im Sinn einer „konstruktiven Neutralität Österreichs“ zu versuchen, zusammen mit anderen Nationen, eine „Vermittlergruppe“ zu bilden. In Frage kommen da neben der Schweiz auch Staaten wie Ungarn, Italien, und Serbien, in denen es Anzeichen für eine etwas elastischere Haltung zum Ukraine-Konflikt gibt.